



Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 09.07.2019.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:15 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende

Manuela Mahnke Bürgermeisterin

Ratsmitglieder

Silke Beckhaus	CDU	anwesend ab 19:43 Uhr TOP A 7
Hermann Büßing	CDU	
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Wolfgang Danziger	SPD	
Günter Dieker	SPD	
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Manfred Gausebeck	SPD	
Norbert Gosekuhl	CDU	
Margarete Große Wiesmann	CDU	
Wolf Haase	SPD	
Karl Hauk-Zumbülte	UBG	
Ludger Jaxy	ÖLiN	
Jürgen Jendroska	SPD	
Claudia Jürgens	SPD	
Brigitte Kleinschmidt	UBG	

Paul Leufke	CDU
Volker Ludwig	SPD
Markus Lunau	CDU
Heinz Mentrup	CDU
Klaus Overesch	CDU
Roswitha Roeing-Franke	CDU
Christian Rose	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Georg Schulze Bisping	CDU
Klaus Teichmann	UBG
Jutta Tiefenbach	UBG
Friedhelm Timpert	CDU
Martin Uphoff	Bündnis 90/Die Grünen
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Herbert van Stein	UBG
Michael Volbers	SPD
Helmut Walter	FDP
Markus Wrobel	FDP

Von der Verwaltung

Doris Block
Christian Driever
Stefan Kohaus
Jonas Sonntag

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Niederschrift wird einstimmig Ratsherr Büßing bestimmt.

3	Verpflichtung neuer Ratsmitglieder
----------	---

Die Bürgermeisterin begrüßt Herrn Dieker in dem Gremium. Sie verliest die Verpflichtungsformel und verpflichtet ihn per Handschlag.

4	Mitteilungen
----------	---------------------

Die Bürgermeisterin informiert über die Monierung des Beschlusses seitens der Kommunalaufsicht zu dem Atomwaffen-Antrag der Friedensinitiative Nottuln wegen nicht vorhandener Entscheidungskompetenzen. Die Zustimmung zu dem Antrag erfolgte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2019. Vor diesem Hintergrund werde empfohlen, den Beschluss zur Vorlage Nr. 101/2019 für hinfällig zu erklären. Die zu diesem Thema formulierte Tischvorlage (114/2019) wird unter dem neuen TOP 8.2 beraten. Dazu ergeht kein Widerspruch.

Den Antrag des Sportvereins GW Nottuln vom 26.06.2019 verweist die Bürgermeisterin zur Beratung in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen.

Der SPD-Antrag vom 09.07.2019 zur Verringerung der Anzahl der zu wählenden Vertreter für den Gemeinderat Nottuln wird nach mehrheitlicher Abstimmung (Ja 30, Nein 4, Enthaltung 1) unter

dem neuen TOP A 9 beraten. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

5	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
----------	---

Wortmeldungen liegen nicht vor.

6	Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2019 und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2019 hier: Ausrufung des Klimanotstands Vorlage: 108/2019
----------	---

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 1 beigelegt.

Ratsherr Ludwig erläutert die Notwendigkeit zur Ausrufung des Klimanotstands, wobei er auf die Begrifflichkeit „Notstand“ hinweist. Vielmehr sehe er in dem neuen Begriff „Klimaschutzaufbruch“ die Suche nach Maßnahmen, um voranzukommen. Er trage den vorbereitenden Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen am 25.06.2019. Ratsherr Rulle hält diesen neuen Begriff ebenfalls für richtig. Er weist aber auch auf anstehende Abwägungsprozesse zwischen inhaltlichen Notwendigkeiten von Maßnahmen und dem Klimaschutz hin. Dem Positionspapier der Fridays for Future Ortsgruppe Nottuln stimme er zu, wobei der Begriff „Klimanotstand“ gestrichen werden müsse. Weiterhin schlägt er die Aufstockung des Stellenplans im Bereich des Klimaschutzes vor. Zu dieser Personalaufstockung gebe es bereits Überlegungen, so die Bürgermeisterin. Ratsherr Hauk-Zumbülte äußert sich erfreut über die gemeinsame Haltung zu diesem Thema und über ein neues Vorgehen. Ratsherr Dammann befürwortet die Beratung von konkreten Maßnahmen nach den Sommerferien. Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen am 12.11.2019 ein Status-Quo-Bericht zum Klimaschutz durch die Verwaltung erfolgt.

Beschluss:

Die Gemeinde Nottuln verbindet die Ausrufung des Klimanotstandes (engl. „climate emergency“) mit einem Klimavorbehalt, unter den ab sofort alle klimarelevanten Beschlüsse der Nottuln Lokalpolitik und Gemeindeverwaltung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7 Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2019
Vorlage: 105/2019**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Die Bürgermeisterin stellt klar, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht zu Lasten der Kommunen gehen dürfte. Die Entlastung der Bürger mit einem von der Landesregierung vorgeschlagenen Fördertopf in Höhe von 65 Mio. € bewertet sie als kritisch, da damit ein enormer Verwaltungsaufwand bei den Kommunen verbunden sei. Ratsherr Ludwig fordert die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Auch für ihn gehe der Gesetzentwurf der Landesregierung nicht in die richtige Richtung. Ratsherr Rulle lehnt den SPD-Antrag ab. Er sieht in dem Modell der Landesregierung einen guten Kompromiss. Ratsherr Van de Vyle weist darauf hin, dass es ein falscher Weg sei, Bundes- und Landesangelegenheiten im Gemeinderat diskutieren zu wollen. Auch Ratsherr Dammann sieht hier die Bundespolitik als Ansprechpartner. Die Gemeinde Nottuln habe genug konkrete Themen zu bearbeiten. Die Ratsherren Danziger und Haase sehen durchaus den kommunalpolitischen Bezug, da die Nottulner Bürger betroffen seien. Herr Kohaus sieht für die Zuständigkeit des Rates kein eindeutiges Kriterium. Vielmehr sei immer der Einzelfall abzuwägen. Die Bürgermeisterin schlägt im Rat künftige Diskussionsrunden vor, um ohne Beschlussfassungen kontrovers diskutieren zu können.

Beschluss:

Vorschlag der SPD:

Die Rat der Gemeinde Nottuln fordert die Landesregierung auf, das Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Beiträgen für den Umbau und Ausbau von dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist, befreit werden und die hierdurch den Städten und Gemeinden entstehenden Mindereinnahmen durch das Land zu kompensieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 25 Enthaltung 1

mehrheitlich abgelehnt

8	Bürgeranregungen
----------	-------------------------

8.1	Anregung nach § 24 GO NRW hier: Verkehrsbelastung Oberstockumer Weg / Stockum Vorlage: 111/2019
------------	--

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigelegt.

Gemäß Zuständigkeitsordnung verweist die Bürgermeisterin die Anregung in den Haupt- und Finanzausschuss. Ratsherr van Stein schlägt eine Beratung in dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen vor. Nach einer Sitzungsunterbrechung von 19:54 Uhr bis 20:03 Uhr beantragt Ratsherr Van de Vyle die Behandlung des Themas in dem vorgeschlagenen Ausschuss. Das Gremium stimmt diesem Antrag mehrheitlich zu. Auf die Frage von Ratsherrn Dammann hin erläutert Frau Block, dass die rechtliche Grundlage für den Verweis von Anträgen in den Haupt- und Finanzausschuss dem § 4 Abs. 4 der Hauptsatzung der Gemeinde Nottuln zu entnehmen sei. Herr Sonntag weist darauf hin, dass für die Bearbeitung der Anregung die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung vorliegen sollten.

Beschluss:

Die Anregung wird in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 30 Nein 1 Enthaltung 4

mehrheitlich angenommen

8.2	Bürgeranregung der Friedensinitiative Nottuln Vorlage: 114/2019
------------	--

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 4 beigelegt.

Die Bürgermeisterin informiert über die Monierung des mehrheitlich gefassten Beschlusses in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2019 (Vorlage 101/2019) zu dem Atomwaffen-Antrag der Nottulner Friedensinitiative seitens der Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld wegen nicht vorhandener Zuständigkeit in der Gemeinde.

Herr Kohaus weist darauf hin, dass der Gemeinderat kein Parlament sei, sondern ein Verwaltungsorgan mit spezifischem Bezug zur örtlichen Gemeinschaft. Entscheidungen zu allgemeinpolitischen Themen seien rechtswidrig. Da das Begehren der Friedensinitiative keine spezifische Ange-

legenheit der Gemeinde Nottuln sei, fehle die rechtliche Zuständigkeit des Gremiums.

Die Ratsherren Haase und Dieker bedauern diese Situation, da auch bereits in der Vergangenheit Resolutionen im Rat beschlossen worden seien.

Beschluss:

Es wird festgestellt, dass der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.06.2019 zur Vorlage Nr. 101/2019 hinfällig ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 5 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

9	SPD-Antrag: Verringerung der Anzahl der zu wählenden Vertreter für den Gemeinderat Nottuln
----------	---

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 09.07.2019 ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 5 beigelegt.

Ratsherr Ludwig erläutert den kurz vor der Ratssitzung eingereichten Antrag zur Verkleinerung des Gemeinderates. Er weist auf die Frist bis zum 31.07.2019 hin bzgl. einer Entscheidung zur Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder. Vor diesem Hintergrund sei der Abbau von Kosten möglich. Dazu müsse der Handlungsbedarf im Rat diskutiert werden.

Die Bürgermeisterin kritisiert die Kurzfristigkeit des Antrags und schlägt einen Beratungstermin für eine Sondersitzung in der Sommerpause vor.

Ratsherr Lunau sieht keine Notwendigkeit für eine Verkleinerung im Rat. Die Aufstockung von 32 Ratsmitgliedern auf 38 seien Überhangmandate aus dem Ergebnis der letzten Kommunalwahl. Die eigentliche Größe des Rates von 32 Mitgliedern sei in Relation zu der Einwohnerzahl die empfohlene Anzahl. Weiterhin bestünde die Gemeinde aus vier Ortsteilen mit komplexen Themen, die zwecks Bearbeitung auf mehrere Schultern verteilt werden können. Ratsherr Lunau sieht lediglich einen Beratungsbedarf in der eventuellen Verkleinerung der Ausschüsse.

Die Bürgermeisterin macht deutlich, dass eine theoretische Verkleinerung des Rates auf 28 Mitglieder möglich sei. Aufgrund des aktuellen Beratungsstandes sei eine Sondersitzung am 23.07.2019 nicht notwendig.

10	Haushaltsangelegenheiten
10.1	Antrag Sportverein Fortuna Schapdetten e.V. vom 28.04.2019 Hier: weitere Zuschussgewährung für den Bogensportplatz Vorlage: 112/2019

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 6 beigelegt.

Frau Block weist auf die Beratung hinsichtlich der Zuschussgewährung für den Bogensportplatz Schapdetten in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2019 hin. Sie informiert, dass der Verein einen weiteren Finanzbedarf in Höhe von 40.000,- € (25.000,00 € für das Jahr 2019 und 15.000,00 € für das Jahr 2020) beantrage. Dieser Betrag könne aus den zur Verfügung stehenden Mitteln für das Sportstättenkonzept finanziert werden.

Ratsfrau Jürgens hebt hervor, dass die Maßnahme kreditfinanziert sei. Die beantragten Mittel für das Jahr 2020 seien dem Haushalt 2020 zuzuordnen. Die Rückführung der Finanzmittel in die Vereinskasse sieht sie kritisch. Eine Entscheidung könne sie nicht treffen, da ihr nicht alle Maßnahmen bekannt seien. Ratsherr Rulle unterstreicht den Kostenrahmen in Höhe von 65.000,00 €, der kommuniziert worden sei, und betont die Zustimmung der CDU zu dem Antrag des SV Fortuna Schapdetten. Die Finanzierung solle aus den Mitteln des Sportstättenkonzeptes erfolgen. Dieser Vorgehensweise schließen sich die Ratsherren Van de Vyle und Walter an. Ratsherr Dammann erklärt die Enthaltung seiner Fraktion.

Beschluss:

Zur Fertigstellung des Bogensportplatzes des SV Fortuna Schapdetten werden von dem Sportstättenbudget von 1,2 Mio. € weitere 40.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 23 Nein 9 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

10.2 1. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 098/2019

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 7 beigelegt.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Rat beschließt die am 28.05.2019 in den Rat eingebrachte Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit ihren Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

10.3 Übersicht offener Anträge und Projekte
Vorlage: 102/2019

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 8 beigelegt.

Frau Block macht deutlich, dass es bei der Priorisierung um große Investitionsvorhaben gehe. Für die Verwaltung sei wichtig zu wissen, welche Projekte auch im Sinne des Rates bedeutsam sind. Sie wünscht sich die Unterstützung und ein klares Signal des Gremiums, wo künftig die Schwerpunkte liegen sollen. Der Aufschlag zu diesem Thema sei bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.06.2019 erfolgt. Für das Arbeitstreffen am 08.08.2019 werden den Fraktionen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Rats Herr Van de Vyle legt dar, dass es einen Beschluss zur Durchführung der Priorisierung gebe, zu der die UBG auch weiterhin stehe. Er plädiert für die Umsetzung.

Rats Herr Lunau strebt das Arbeitstreffen für die Erarbeitung der Kurs- und Zielrichtung an, um zu schauen, was gewollt sei und was der Verwaltung zugemutet werden könne.

Rats Herr Hauk-Zumbülte weist auf die vielen Anträge hin. Es müsse überlegt werden, was zu schaffen sei.

Beschluss:

Die Übersicht der offenen Anträge sowie die dazugehörige Projektliste werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung lädt zu einem Arbeitstreffen am 08.08.2019 zwecks Erarbeitung der

weiteren Vorgehensweise und Vorbereitung der Beratung in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11	Bau- und Planungsangelegenheiten
11.1	Planungen für das Gelände des Alten Landgasthauses in Schapdetten hier: Bauvoranfrage Vorlage: 097/2019

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 9 beigelegt.

Auf die Frage von Rats Herrn Wrobel hin zur Bauhöhe des Gebäudes erklärt Herr Sonntag, dass kein B-Plan vorläge. Das Vorhaben sei jedoch zulässig, wenn es sich einfüge. Dies sei in der Regel gegeben, wenn die Höhe zu den übrigen Bauten nicht überschritten werde.

Beschluss:

Die Verwaltung begrüßt die Initiative, das Gelände des Alten Landgasthauses in Schapdetten künftig wieder einer Nutzung zuführen zu wollen und nimmt den Antrag auf Vorbescheid zur Kenntnis.

Optional: In dem Wissen um die Prominenz und städtebauliche Bedeutsamkeit des Standorts für den Ortsteil schlägt die Verwaltung vor, unter Rückgriff auf VL 126/2018 den mobilen Baukulturbeirat anzurufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11.2	83. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nottuln hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB Vorlage: 096/2019
-------------	--

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 10 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Das Verfahren zur 83. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nottuln wird mit dem Ziel eingeleitet, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb einer Waldkindertagesstätte zu schaffen. Dazu ist vorgesehen, im in Anlage 1 gekennzeichneten Bereich die Darstellung „Waldfläche“ um die besondere Zweckbestimmung „Waldkindertagesstätte“ zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 32 Nein 1 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

<p>11.3 Antrag der UBG-Fraktion und der ÖLiN-Fraktion hier: Verbesserung des Radverkehrs in Nottuln bis 2030 Vorlage: 109/2019</p>
--

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 11 beigelegt.

Ratsfrau Jürgens lehnt den Antrag ab, da keine Eilbedürftigkeit vorläge. Ebenso Ratsherr Haase, um die zusätzliche Belastung der Verwaltung zu reduzieren. Ratsherr Rulle unterstützt den Antrag, da die Verbesserung des Radverkehrs in Nottuln dringlich sei. Zugleich sollten die Bürger eingebunden werden. Wegen zu hoher Arbeitsbelastung werde Ratsherr Mentrup dem Antrag nicht zustimmen. Ratsherr Lunau weist auf bereits bestehende Anträge mit ähnlichen Themen hin. Er schlägt vor, zunächst alles zusammenzufassen, um daraus einen Antrag zu bündeln, auf den die Verwaltung sich dann konzentrieren könne. Herr Sonntag hebt hervor, dass der Radverkehr nicht isoliert zu sehen sei, sondern alle verkehrsmäßigen Aspekte berücksichtigt werden müssten. Ratsherr Van de Vyle sieht in dem Vorschlag von Ratsherrn Lunau eine konstruktive Vorgehensweise. Die UBG-Fraktion werde den Antrag nicht ablehnen, der definitiv auch in der Prioritätenliste berücksichtigt werden müsste. Ratsherr Walter steht einem gebündelten Antrag positiv gegenüber. Ratsherr Schulze Bisping unterstreicht das Einholen von Angeboten und die Durchführung von Workshops mit Bürgern, damit alles in das Konzept einfließen könne. Die Bürgermeisterin betont, dass der Kreis bereits eine Abfrage durchgeführt habe. Weiterhin bewertet sie den Vorschlag von Ratsherrn Lunau als zielführend. Ratsfrau Roeing-Franke bewertet den Radverkehr als Teil des Verkehrskonzeptes, das als Ganzes betrachtet werden müsste.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die Durchführung eines Radkonvents einzuholen und einen Umsetzungszeitraum zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 16 Enthaltung 4

mehrheitlich abgelehnt

12 Verschiedenes

Ratsherr Schulze Bisping unterstreicht die Priorisierung bei der Gebäudeunterhaltung, wie z.B. den Anstrich von Fenstern. Herr Sonntag weist darauf hin, dass dafür im Haushalt 2019 keine Mittel zur Verfügung ständen. Im Falle der Aschebergschen Kurie insbesondere deswegen nicht, weil der Rat die entsprechenden Beschlüsse aufgehoben habe.

Ratsherr Lunau führt aus, dass die Sparkasse Westmünsterland den Wohnungsbedarf in den Kreisen Borken und Coesfeld im Rahmen einer Studie untersucht hätte. Weiterhin regt er die Präsentation der Untersuchungsergebnisse für Nottuln in dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen an. Die Bürgermeisterin möchte in dieser Angelegenheit einen Termin innerhalb einer Ratssitzung festlegen.

Ratsfrau Roeing-Franke verdeutlicht die massiven Beschwerden zu dem Problem der EichenprozeSSIONsspinner. Herr Kohaus informiert, dass sich die Verwaltung auf wesentliche Bereiche im Gemeindegebiet, wie z.B. Kitas und Spielplätze, bei der Bekämpfung konzentriert habe. Er sei aber dankbar für alle Hinweise an das Ordnungsamt.

Ratsherr Dammann weist auf einen Bericht zum Wohnungsmarkt seitens der NRW.BANK hin.

Vor dem Hintergrund des Wahlkampfes 2020, der fair, ehrenhaft und anständig ablaufen sollte, weist Ratsherr Van de Vyle auf ein anonymes Flugblatt mit herabziehendem Inhalt hin. Dieses Flugblatt stelle den Tiefpunkt des demokratischen Diskurses dar. Es gäbe Dinge, die man nicht tut. Weiterhin lädt er alle Fraktionen ein, gemeinsam einen Verfahrens-Kodex zu finden, um sich im politischen Alltag auf einen korrekten Umgang zu einigen.

Manuela Mahnke
Vorsitzende

Hermann Büßing
Ratsmitglied

Elke Schulz
Schriftführerin